aurora

Zeitung für revolutionäre Perspektiven

Ausgabe 8 | April 2020 | Normalpreis: 1€ | Solipreis: 2€

rso
revolutionär sozialistische organisation

INHALT DIESER AUSGABE:

Corona international ..... S. 2
Corona Arbeitswelten ..... S. 4
Corona: Isolation und häusliche Gewalt ..... S. 11
Gegen Langeweile ..... S. 12
Nicht für die Schule - für Prüfung lernen wir? ..... S. 13
Kurzarbeit ..... S. 14
Sozialwirtschaft Österreich ..... S. 16
Covid-19 in den USA ..... S. 18
Filmrezension ..... S. 20
Was wir brauchen ..... S. 21
Veranstaltungen ..... S. 22

Corona-Krise: Krankheitserreger Kapitalismus

Während der letzten Wochen hat sich das Leben von Vielen von heute auf morgen drastisch geändert: Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, tagtägliche Schreckensbilder aus Krankenhäusern und Flüchtlingscamps, soziale Isolation, Unsicherheit, Prekarisierung, autoritäre Maßnahmen, abgeschottete Grenzen.

Die Coronakrise ist wie ein Lehrstück über die Widersprüche des Kapitalismus, die nun alle geballt zu Tage treten. Ob es nun um kaputtgesparte Gesundheitssysteme, um Organisierung von Bildungsarbeit, Kinder- und Altenbetreuung, Ernte und Lebensmittelversorgung, um häusliche Gewalt, Wohnverhältnisse und Obdachlosigkeit geht, eines wird klarer denn je, das kapitalistische Ausbeutungssystem bietet keine sozialen Lösungen. Die ihm immanente Funktionsweise, dass Profite einiger Weniger vor Bedürfnissen und der Gesundheit Vieler stehen, gilt immer und zu jeder Zeit.

Die Reaktionen auf die Krise zeigen, was alles sofort geändert werden kann, wie Produktion, Arbeit und unser Leben anders gestaltbar wären, damit es aber Änderungen im Interesse der Arbeitenden sind, müssen wir uns gemeinsam und international organisieren.

Corona international

Die Corona-Pandemie beherrscht zur Zeit die Welt. Viel wird diskutiert, wie es hier in Deutschland oder Österreich so läuft. Oft fällt dabei hintenüber, wie es anderswo auf der Welt aussieht — vor allem bei den Ärmsten der Armen.

So gab es vor ein paar Wochen noch - mehr oder weniger starke - Aufschreie über das menschenverachtende Handeln von Griechenlands Grenzschützern, die von der EU unterstützt worden. Die Willkommenspolitik der EU war nie besonders rücksichtsvoll gegenüber den Flüchtenden gewesen, wie es von rechts immer aufgespielt wird. Pushbacks, d.h. das gewaltsame Zurückdrängen von Asylsuchenden zu Land oder zu Wasser, sind schon lange Teil des europäischen Frontex-Grenzschutzes. An vielen ihrer Außengrenzen gehören diese Menschenrechtsbrüche zur Tagesordnung, ohne dass die EU interveniert. Im Gegenteil: Das Frontex-Programm soll zukünftig sogar mehr Ressourcen bekommen – im nächsten Jahr wird das Budget von 400 Millionen Euro auf 1,6 Milliarden Euro aufgestockt.

« Pushbacks, d.h. das gewaltsame Zurückdrängen von Asylsuchenden zu Land oder zu Wasser, sind schon lange Teil des europäischen Frontex-Grenzschutzes. An vielen ihrer Außengrenzen gehören diese Menschenrechtsbrüche zur Tagesordnung, ohne dass die EU interveniert. »

Zuletzt hatte der diktatorischer Präsident der Türkei Erdogan die Vereinbarung mit der EU aufgekündigt Millionen von Geflüchteten auf dem Weg nach Europa aufzuhalten. So entstand eine neue Welle an Flüchtenden, die über die Balkan-Route und Griechenland versuchen, in ein sicheres Land zu gelangen. An der griechischen Grenze wurden sie brutaler misshandelt als die Bedingungen in der Türkei noch waren: Sie wurden ausgezogen, geschlagen, ihrer Handys beraubt und in die Türkei zurückgeschickt. Ähnliche Berichte, wie man sie im letzten Jahr über kroatische Grenzschützer an der Grenze zu Bosnien gehört hatte.

Mehr als 40.000 Geflüchtete befinden sich in überfüllten Lagern auf verschiedenen griechischen Inseln, weitere auf dem Festland und alleine 20.000 im Camp Moria auf der Insel Lesbos. Im Zuge der Verbreitung von SARS-CoV-2 ändert die griechische Regierung kaum etwas. Die Menschen sind angehalten, öfter ihre Hände zu waschen – obwohl es dort nur wenige Stunden am Tag Zugang zu fließend Wasser gibt. Auch aus Auffanglagern an der bosnischen Grenze zu Kroatien wird berichtet, dass es nicht genügend Hygienematerial gebe. Mehrere kleinere griechische Camps wurden nach bestätigten Infektionen mittlerweile unter Quarantäne gestellt. Zwei Wochen lang darf dort also niemand raus. Das wäre auf Lesbos etwas schwieriger – 20.000 Menschen tummeln sich dort in einem für 3.000 Personen ausgelegten Lager. Ernsthafte Ambitionen seitens Deutschland oder der EU, es präventiv zu evakuieren, gibt es keine. Es ist illusionär und menschenverachtend zu glauben, die Ströme an Flüchtenden so stoppen zu können. Kein Mensch flieht ohne guten Grund.

Und in Zeiten von Corona spitzt sich die Lage in ihren Heimatländern zunehmend zu. Die Gesundheitsversorgung ist meist miserabel, die städtische Lebenssituation ermöglicht oft kein „Social Distancing“, der wirtschaftliche Abschwung sorgt für massive Arbeitslosigkeit, kurz: es erwachsen zahlreiche neue Krisenherde. Sei es in Indien, Ecuador, oder Somalia – es wird neue Konflikte, neues Elend und auch neue Flüchtende geben.

Um ein paar Beispiele zu nennen: In Guayaquil, einer der größten Städte Ecuadors, werden mittlerweile Särge aus Pappe produziert, um den Abtransport der zahlreichen Leichen zu ermöglichen. Das kaputtgesparte Gesundheitssystem kollabiert unter dem Druck der Epidemie und Menschen versuchen schon ins benachbarte Peru zu fliehen. Auch auf dem afrikanischen Kontinent sieht es schlecht aus. Die Pandemie hat sie noch nicht in großem Ausmaß erreicht, doch in den meisten Länder ist man noch schlechter vorbereitet. Millionen Menschen werden aufgrund der Ausgangssperren ohne Einkommen leben müssen. Weiterhin ist die Versorgung durch die Grenzschließungen immens eingeschränkt - ohne Hilfeleistungen steht dort eine humanitäre Katastrophe bevor. Die umfassenden Auswirkungen des Klimawandels sind dabei

zusätzlich katastrophal. Insgesamt erwartet uns also eine Zukunft in der es mehr Flüchtende denn je gibt.

Die Schließung der Grenzen für Asylsuchende ist nur die Fortsetzung der rassistischen Politik der letzten Jahre. Realistisch gesehen, würde die Migration die Ausbreitung des Virus kaum beeinflussen, eine Pandemie kennt der Definition nach keine Grenzen. Und man möge sich erinnern, dass das Virus die Welt erobert hat, indem Businessfrauen und -männer um die Welt geflogen sind und nicht durch irgendwelche Fluchtbewegungen. Flucht ist die Folge der Corona-Pandemie und ihrer desaströsen Effekte und nicht ihre Ursache.

Covid-19 trifft auf den über Jahrhunderte durch die imperialistischen Staaten ausgebeuteten globalen Süden. Von IWF und Weltbank aufgedrückte neoliberale Sparprogramme haben vielerorts die Gesundheitssysteme auf ein minimales reduziert. Trotz dieser Verantwortung der westlichen Staaten betreiben sie weiterhin eine menschenfeindliche Asylpolitik zur Wahrung der eigenen wirtschaftlichen Interessen.

Deutschland schreibt sich dieser Tage dabei gerne auf die Fahne solidarisch zu sein. Doch die Zeiten, in denen Deutschland eine Million Geflüchtete aufgenommen hat sind Jahre her - nun ist der Bedarf an jungen, billigen Arbeitskräften erst einmal gedeckt und die Grenzen bleiben dicht. Allgemein kommt beim Streit um Hilfsgüter in dieser Krisenzeit die Konkurrenznatur der kapitalistischen Nationalstaaten deutlicher denn je zum Vorschein.

Also wo ist da die *internationale* Solidarität? Es gibt Milliarden für die deutsche Wirtschaft, Milliarden für den Grenzschutz, doch für die, die es am nötigsten haben, fehlt das Geld. Dies erfordert konsequenten Widerstand der Arbeitenden – in den armen Ländern aber auch hier in den imperialistischen Staaten.

« Von IWF und Weltbank aufgedrückte neoliberale Sparprogramme haben vielerorts die Gesundheitssysteme auf ein minimales reduziert. Trotz dieser Verantwortung der westlichen Staaten betreiben sie weiterhin eine menschenfeindliche Asylpolitik zur Wahrung der eigenen wirtschaftlichen Interessen. »

Siemensstadt Berlin:

„Weiterführung des Geschäfts“... so gut es geht!

Ende März konnten sich die ArbeiterInnen der Dynamo- und Messgeräte sowie anderer Werke der Berliner Siemensstadt ein Video angucken. Der Boss Joe Kaeser wandte sich auf Englisch an die weltweit 385.000 MitarbeiterInnen von Siemens und erklärte seine oberste Priorität: die Gesundheit und Sicherheit der MitarbeiterInnen schützen — „aber auch die Weiterführung des Geschäfts“. Wo es zwei oberste Prioritäten gibt, darf man sich fragen, welche jetzt eigentlich wichtiger ist...

Der Siemens-Vorstand versprach gleich 400.000 Masken pro Woche, damit die Produktion weitergeht. Genau in der Zeit, wo die Masken sonst überall anders fehlen. Ein paar Tage nach der Ankündigung von Joe Kaeser waren schon 2300 Ärzte und Pflegekräfte infiziert worden. Ganz zu schweigen von den vielen KassiererInnen in den Supermärkten, die weiterhin ohne Schutz arbeiten mussten...

Bei Osram kam sehr schnell ein Kollege mit seiner eigenen Maske zur Arbeit. In der Kantine sollten die MitarbeiterInnen alleine am Tisch sitzen – um den Sicherheitsabstand von 1,5 Meter einzuhalten. Bei Siemens Messgeräte wurden letztendlich die zwei Kantinen zugemacht und die MitarbeiterInnen haben ein gesundes Päckchen mit Obst bekommen... „gesponsort“ vom Betrieb. Danke!

„Bleibt zu Hause!“

In der Metallindustrie, wie sonst auch, wurde zuerst Homeoffice gefordert - bekommen haben es natürlich zuerst die sogenannten Führungskräfte. Für den Vorstand von Siemens war gleich klar, dass vor allem die ArbeiterInnen die Gefahr der Weiterführung der Produktion tragen sollten. Laut Joe Kaeser, verrichten die MitarbeiterInnen, „die nicht zu hause bleiben können“ eine „großartige Arbeit“.

Bei den KollegInnen von Osram ist eine besondere Angst zu spüren. Seit dem 10. April wurde auf Kurzarbeit umgestellt. Ist das eine Erleichterung? Zumindest werden die KollegInnen nicht mehr das Risiko eingehen, den Virus mit nach Hause zu bringen. Aber die Erleichterung wird auch auf dem Lohnzettel zu spüren sein! Osram bietet eine Auszahlung von 15 oder 20€ pro Tag, „je nach Dauer der Kurzarbeit“. Ob die ArbeiterInnen 80% oder 90% ihres Einkommens behalten werden, kann zur Zeit nur geschätzt werden.

Erst im Nachhinein wird man feststellen können, wie viel der Virus jede/n gekostet hat. Aus unerfindlichen Gründen werden die KollegInnen in Altersteilzeit wohl keine Kurzarbeit bekommen – gerade die ältesten KollegInnen, die zur Risikogruppe gehören. Die Betriebsleitung schafft eine Situation, damit sie nach der Krise sofort und intensiv die ArbeiterInnen wieder zur Verfügung stehen werden. Zum Beispiel zwingt sie die ArbeiterInnen, vor dem Beginn der Kurzarbeit, die Zeitguthaben aufzubrauchen. Und „Kurz-arbeit ist kein Urlaub“: die Arbeiter-Innen können innerhalb von 24 Stunden dazu aufgefordert werden, zurück auf Arbeit zu kommen!

Wenn die Betriebsleitung entschlossen hat Kurzarbeit einzurichten, hat das sicher nichts mit dem Schutz der ArbeiterInnen zu tun. Corona scheint die Arbeitgeber nicht wirklich zu interessieren. Die gucken eher in Richtung der Vormaterialversorgung oder auf „dringliche Kundenaufträge“. Die KollegInnen in Kurzarbeit kosten den ArbeitgeberInnen nichts. Es ist ein System, das dem Boss die Möglichkeit bietet seine Belegschaft von Tag zu Tag an die Situation anzupassen.

Deutsche Bahn: Hinter Reden zur Gesundheit und lautem „Danke“ sollen die Arbeitsbedingungen schlechter werden.

Noch am 24. Februar hatte DB Regio dem Fahrpersonal mitgeteilt, dass das Coronavirus sich in Deutschland kaum flächendeckend ausbreiten werde. Es bestehe zudem *„ein extrem geringes bis kein Risiko, sich am Bahnhof, im Zug, auf dem Bus, an Gästen oder Mitarbeitenden anzustecken“*. Und: *„Händewaschen schützt! Sofern nicht die Möglichkeit besteht die Hände mit Wasser und Seife zu waschen, hilft auch ein Desinfektionsspray […] im Rahmen der persönlichen Schutzausrüstung.“* Aber da fangen die Probleme schon an.

Heute ist klar, dass das Coronavirus sich ausgebreitet hat und nun überschlagen sich Manager der DB mit Dankesworten an die Bahnbeschäftigten und versprechen, dass Gesundheitsschutz an erster Stelle stehe. Die Realität ist eine andere.

Die Führerstände und Züge waren schon vor Corona dreckig und klebrig und bei 4-5 Stunden fahren, kommt man ohnehin nicht zum Hände waschen. Fehlende Pausen und saubere Toiletten sind ein altes Problem.

Was ist mit den Desinfektionsmittel? Nach Wochen voller Versprechungen und ohne Mittel, tauchten schließlich z.B. bei der Berliner S-Bahn kleine Fläschchen in den Postfächern auf. „Aber ist das Zeug auch viruzid oder nicht?“ fragte man sich. Auch wenn inzwischen nochmal neues Zeug aufgetaucht ist, packen sich Fahrpersonale weiterhin lieber ihr eigenes Desinfektionszeug ein.

Und die versprochene **zusätzliche Reinigung und Desinfektion der Führerstände** an den Endbahnhöfen? Was die Kolleg*innen von der Bahnreinigung bei der S-Bahn da versprühen, sieht aus wie Glasreiniger, riecht wie Glasreiniger und ist… Glasreiniger!

Züge werden oft nachts abgestellt und dort gereinigt. Die Kolleg*innen der Reinigung sind in Sub-Sub-Unternehmen angestellt. Schon vor Corona waren die Bedingungen zum Aufregen: Ohne Schutzkleidung (gerade mal ein paar Handschuhe), immer draußen und zwischen den Leuten, immer im Stress, kaum je die Zeit alles sauber zu machen und dafür kriegen sie den Mindestlohn oder wenig mehr. Jetzt gelten sie als „systemrelevant“. Aber haben sie mehr Zeit für ihre Arbeit bekommen, vernünftigen Schutz, Einweisung in die neuen Reinigungsaufgaben? Kaum zu glauben… Tatsächlich müssten Bahner*innen selbst Kontakt aufnehmen und kontrollieren, ob es stimmt, was Chefs über die Reinigungsabläufe erzählen. Denn Fahrpersonal und Reinigung haben das gleiche Interesse an Hygiene und Sicherheit auf Arbeit.

« Die Kolleg*innen der Reinigung sind in Sub-Sub-Unternehmen angestellt. Schon vor Corona waren die Bedingungen zum Aufregen: Ohne Schutzkleidung (gerade mal ein paar Handschuhe), immer draußen und zwischen den Leuten, immer im Stress, kaum je die Zeit alles sauber zu machen und dafür kriegen sie den Mindestlohn oder wenig mehr. »

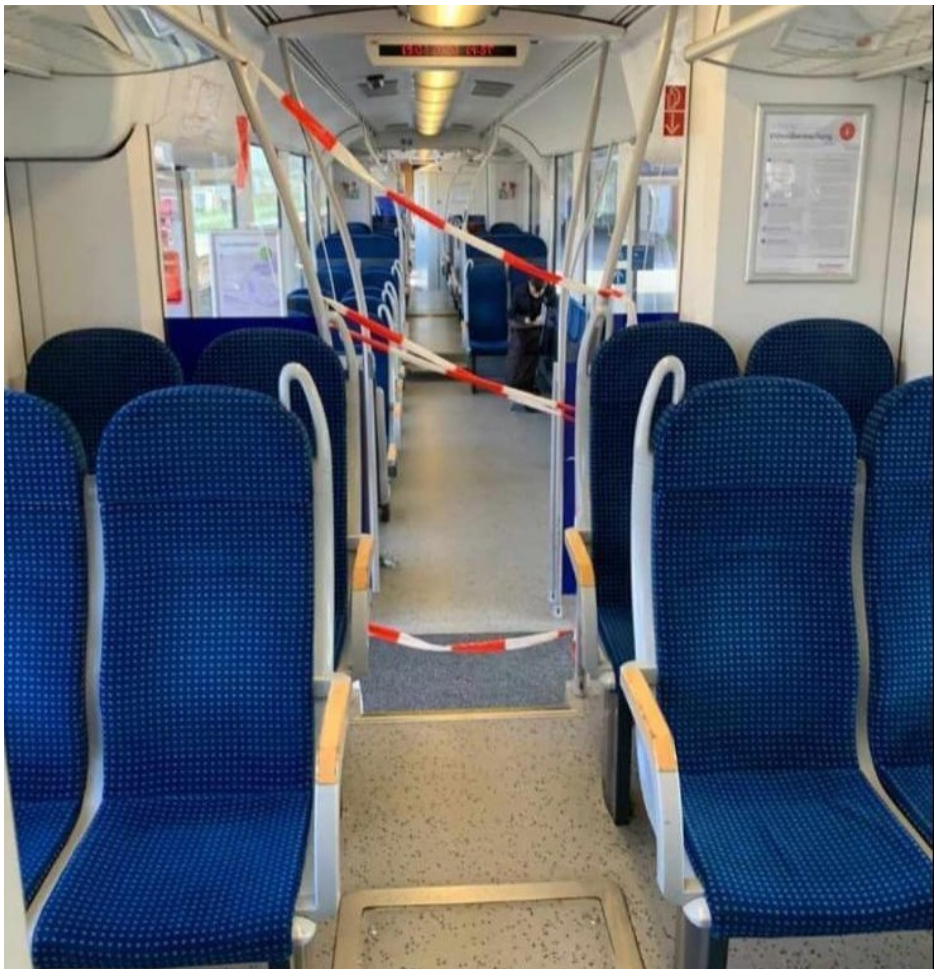
Und was ist mit Abstand halten? 1,50 m Abstand zu anderen Menschen – da müsste sich einiges bei den Arbeitsabläufen ändern. Aber Regio Nordost hat erst weit im März die Zugbegleiter von den Fahrscheinkontrollen freigestellt. Noch am 23. März bestand der Eisenbahnbetriebsleiter der S-Bahn auf Überwachungsfahrten, und es sollten bis zu drei Kolleg*innen im Führerstand mitfahren dürfen. Kontrolle first, gesundheitliche Bedenken second..

„Betriebskritisch“ und deshalb 12-Stunden-Schichten?

Die DB (Regio, Fernverkehr) hatte Mitte März beim Regierungspräsidium Darmstadt beantragt, dass die tägliche schutzrechtliche Arbeitszeit bundesweit auf 12 Stunden täglich verlängert wird: *„So lassen sich unter anderem Arbeiten im 2-Schicht-System statt im 3-Schicht-System erbringen.“* Als Begründung schreibt die DB, Bahner*innen würden in „betriebskritischen Berufen“ arbeiten! Was die DB vorhat, ist kriminell. Es gibt zwar bereits jetzt schon 12-Stunden-Schichten für das

Fahrpersonal. Aber die müssen bislang mit längeren Bereitschaftszeiten und Pausen geplant werden. Das ist der DB offensichtlich ein Dorn im Auge. Und obwohl diese Schichten schon jetzt viel zu anstrengend und kaum durchzuhalten sind, will die DB noch mehr. Noch dazu sollen die tariflichen Regeln zur Planbarkeit der Schichten verschlechtert werden.

Einige Kolleg*innen haben sich früh geweigert, Ausbildungsfahrten zu machen und Kolleg*innen im Führerstand mitzunehmen. Es gab kritische Briefe, weil der Dienstunterricht mit 20 Leuten im engen Raum weiterlief als wär nichts. Und es gab Kolleg*innen, die zu Beginn der Krise versuchten, z.B. durch Verschließen von Wagen mehr Abstand zu den Fahrgästen zu kriegen. Wieder andere – und das sind viele – melden sich krank... um gesund zu bleiben.



Wien: Corona-Realitäten im Krankenhaus

In Österreich sind die Kapazitäten in den Krankenhäusern bisher nicht ausgeschöpft worden. Einerseits wegen der vergleichsweise wenigen Corona-Infizierten und andererseits, weil die Kapazitäten mit 28,9 Intensivbetten pro 100.000 EinwohnerInnen vergleichsweise gut sind.

Trotzdem zeigt die Corona-Krise Mängel im Gesundheitsbereich auf. Es gab in Österreich keinen Pandemieplan und keine Vorbereitungen auf eine solche Situation. So hat jedes Krankenhaus oder sogar jede Abteilung andere Vorgangsweisen und Richtlinien bei der Hygiene. Besonders problematisch ist, dass es nicht ausreichenden Schutz für das Personal in den Krankenhäusern gibt. Personal ohne Patient*innenkontakt erhält beispielsweise keine Masken, das gilt zum Beispiel für „Läufer“ und Reinigung, die viel im Krankenhaus herumkommen.

> « Die Angst vor Engpässen beim Personal, wenn dort mehr Infizierte auftreten, ist [...] hoch. »

Masken, die ansonsten nach jedem Patientenkontakt, jeder Operation oder zumindest nach 4 Stunden gewechselt werden sollen, müssen jetzt über 12 Stunden getragen werden. Auch werden kaum jene Masken ausgegeben, die das Personal wirklich vor Ansteckung schützen könnten.

Dazu kommt, dass es kaum Corona-Testungen des Personals gibt. Erst bei Symptomen wird Personal getestet. Wenn MitarbeiterInnen Corona-positiv sind und tagelang mit Kolleg*innen zusammen gearbeitet haben, werden diese Kolleg*innen weder nach Hause geschickt, noch überhaupt getestet. Ein Kollege hat auch berichtet, dass nachdem KollegInnen auf seiner Station positiv getestet wurden, die Anzahl der Tests halbiert wurde.

Die Angst vor Engpässen beim Personal, wenn dort mehr Infizierte auftreten, ist bei Leitungen und Belegschaften hoch.

Charité Berlin: Systemrelevant!?

Die MalocherInnen in den Servicetöchtern der Berliner Kliniken empfinden diese Bezeichnung mit Recht als Frechheit. Denn bisher wurden ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen dadurch bestimmt, dass die von ihnen durchgeführten Dienstleistungen besonders billig sein sollten. Die Universitätsklinik Charité ist z.B. bis heute nicht bereit, den Angestellten ihrer Servicetochter CFM den Mindestvergabelohn des Landes Berlin von 12,50 € zu zahlen. Soviel also zur Anerkennung der Corona-HeldInnen.

Dazu kommt noch eine schlechte Informationspolitik, Angst und ungenügend Schutzmaterial, die dazu führen, dass Krankmeldungen hoch schnellen, vor allem im Reinigungsbereich. Es sollte auch erwähnt werden, dass es seit vielen Jahren Arbeitskämpfe bei der CFM gibt, um bessere Löhne durchzusetzen. Sie waren sogar zu Beginn der Corona-Pandemie im Streik! Die Gewerkschaft ver.di erklärte sich jedoch damit einverstanden, den Streik bedingungslos auszusetzen, obwohl es zu dem Zeitpunkt nur eine Handvoll von Covid-PatientInnen in Berlin gab.

Auf den Stationen, die nicht zur Versorgung von Corona-Infizierten vorgesehen sind, ist zurzeit tatsächlich eine Entlastung zu spüren. Das Personal wurde ergänzt durch KollegInnen aus geschlossenen Bereichen, Auszubildende, StudentInnen usw. Gleichzeitig wurde die Zahl der elektiven (planbaren) Prozeduren und OPs massiv heruntergefahren. Auf den Intensivstationen mit Corona-PatientInnen kommen die ersten KollegInnen jedoch an ihre Grenzen, vor allem ihre psychischen. Die Leitungen reagieren zumindest mit dem Angebot einer psychosozialen Begleitung der Teams.

Es werden ganze Stationen umgestellt, um nur noch Corona-PatientInnen zu versorgen. Dazu werden täglich noch weitere Schwerkranke versorgt, die auch oft genug versterben. Die Unsicherheit ist groß. Welche Pflegemaßnahmen sind bei Beachtung des Eigenschutzes durchführbar und sinnvoll? Sind Zweierteams zur Selbstkontrolle beim Umkleiden und zur Optimierung der Abläufe im Patientenzimmer sinnvoll? Gibt es besondere Empfehlungen zur pflegerischen Versorgung infizierter PatientInnen? Wie können die Abstandsgebote mit einer menschenwürdigen und fachgerechten Versorgung verbunden werden? Gerade in diesen Fragen fühlen sich viele KollegInnen vom Pflegemanagement und den PflegewissenschaftlerInnen allein gelassen. Will womöglich niemand von denen die Verantwortung übernehmen?

Knapp sind neben Kitteln und Mund-Nasen-Schutz (MNS) auch die FFP-Masken, die genutzt werden müssen, wenn Corona-PatientInnen versorgt werden. Denn eines der Hauptsymptome von Corona ist

nun mal der Husten, bei dem auf jeden Fall infektiöse Aerosole freigesetzt werden. Bei Vivantes wurden selbstgenähte MNS ausgegeben, doch diese sind viel zu locker und sollen von den KollegInnen zu Hause gewaschen werden. Bei der Charité wurde versucht FFP-Masken, die als Einmalmaterial verkauft werden, wieder aufzubereiten. Wie genau, wissen wir nicht - die Rede ist von Mikrowellen und Plasma. Doch die behandelten Masken stinken und erzeugen Kopfschmerzen, zudem ist zweifelhaft, ob die Passform und damit der Schutz erhalten bleiben.

Aus den ver.di Betriebsgruppen der beiden großen Berliner Klinikkonzerne Vivantes und Charité heraus wurde ein Appell an den Berliner Senat verfasst und von bisher 4500 KollegInnen unterschrieben. Gefordert wurde neben der schnellen Bereitstellung von ausreichend Schutzmaterial auch ein Gefährdungszuschlag auf die Gehälter. Der Berliner Senat greift dies gerne auf. Eine Taskforce besorgt auf dem Weltmarkt Masken etc. und treibt so die Preise weiter nach oben, anstatt eine eigene Produktion voranzutreiben.

Zum anderen erhalten nun viele Beschäftigte bei Vivantes und Charité und auch bei deren Tochterfirmen einen Zuschlag von jeweils 150 Euro über drei Monate. Nicht für alle, aber doch für recht viele KollegInnen. Doch wir spüren sie wieder: Die Ohrfeige. Drei Monate 150 Euro mehr! Das ist der Preis, den sie zu zahlen bereit sind für diesen Teil der systemrelevanten AlltagsheldInnen. Doch der Tarifvertrag Öffentlicher Dienst (TVöD) ist ihnen schon zu teuer.

« Bei der Charité wurde versucht FFP-Masken, die als Einmalmaterial verkauft werden, wieder aufzubereiten. [...] Doch die behandelten Masken stinken und erzeugen Kopfschmerzen, zudem ist zweifelhaft, ob die Passform und damit der Schutz erhalten bleiben. »

Uniklinik Essen: Vor und nach Corona. Ein Kommentar.

Die Situation in unserem Haus war bereits vor der Corona Krise als kritisch einzustufen, so wie es in anderen Krankenhäusern wahrscheinlich ähnlich sein wird.

Beispielsweise arbeiten die KollegInnen der Privatstation im Nachtdienst auf ihrer Etage allein – also nur eine Person – die sich um bis zu 23 Patienten, darunter frisch operierte, dementiell veränderte, oder auch Kinder in Einzelzimmern zu kümmern haben. Sollte in diesen Fällen ein Notfall sein oder der/die KollegIn tätlich attackiert werden, kann die Person sich nur mittels Telefon oder Notknopf im Zimmer bemerkbar machen. Der Notknopf führt dann dazu, dass es eine Etage tiefer klingelt und mit etwas Glück kommt dann einE KollegIn aushelfen. Die KollegInnen aus der Notaufnahme sind des Nachts zu zweit, es gibt keinen Sicherheitsdienst und es gab schon eskalative Momente, etwa wenn angetrunkene Patienten übergriffig wurden.

Wenig verwundernd ist die Tatsache, dass seitens unserer Leitung sofort das Mittel der Kurzarbeit angemeldet wurde, als es zur Covid-19-Pandemie kam, um die Verluste durch die abgesagten elektiven OPs monetär auszugleichen. Um eine Flucht des Personals zu verhindern, stockt unser Arbeitgeber den Lohn auf 100% des im Arbeitsvertrag vereinbarten Lohnes auf.

Corona bei Gillette.

Viele Betriebe haben wegen Corona geschlossen - aber nicht Gillette Berlin.

Über 700 KollegInnen produzieren weiter in drei Schichten Rasierer. Um gegebenenfalls seinen Aufenthalt außerhalb der Wohnung gegenüber der Polizei rechtfertigen zu können, haben wir einen Zettel bekommen, auf dem steht, dass wir eine Schlüsselfunktion in der Hygieneindustrie inne haben.

Erstens kann man sich fragen, ob es wirklich so wichtig ist, Rasierer herzustellen. Zweitens ist es ironisch, dass viele befristete KollegInnen Angst um ihren Arbeitsplatz haben und diesen vielleicht bald verlieren könnten, obwohl sie ja angeblich eine Schlüsselfunktion inne haben. Die Chefs argumentieren immer so, wie es ihnen gerade passt.

Über Bildschirme in der Fabrik erklärt uns die Werksleitung, dass wir aus sozialer Verantwortung weiter produzieren müssen. Es wäre schließlich ein ganz schlechtes Zeichen, wenn Gillette schließen würde, weil das für Verunsicherung sorgen würde und dann andere Betriebe ja auch schließen müssten. Dass es um Geld und Profite geht, wird natürlich nicht erwähnt.

Zusätzlich hat die Geschäftsführung einige Abstrusitäten eingeführt. Dazu zählt, dass es zu den Schichtwechseln Fiebermessungen gibt, die nicht wirklich funktionieren. Viele KollegInnen haben Werte um 34-35°C. Das Vertrauen in diese Fiebermessung ist also nicht besonders hoch. Es gab schon mehrere Corona-Fälle in der Fabrik. Trotzdem haben wir weiter gearbeitet.

Die ArbeiterInnen, die engeren Kontakt mit den bekannten Corona-Fällen hatten, werden für 2 Wochen bezahlt nach Hause geschickt. In manchen Bereichen wird nach einem positiven Test alles desinfiziert, in anderen Bereichen wird nicht desinfiziert, bis das Testergebnis da ist.

Für die KollegInnen fühlt sich das natürlich alles andere als sicher an. Allerdings gibt es viele ArbeiterInnen, die froh sind, dass weiter gearbeitet wird. Manchen reicht das Kurzarbeitergeld nicht zum Leben, anderen fällt die Decke auf den Kopf, wenn sie den ganzen Tag mit der Familie zu Hause sind. Andere KollegInnen haben das Gefühl, die Firma nimmt in Kauf, dass wir uns auf Arbeit mit Corona infizieren. So oder so, die Maschinen laufen erst mal weiter und für die Profite von Gillette ist gesorgt, für unsere Bedürfnisse mal wieder nicht.

« Es wäre schließlich ein ganz schlechtes Zeichen, wenn Gillette schließen würde, weil das für Verunsicherung sorgen würde und dann andere Betriebe ja auch schließen müssten. Dass es um Geld und Profite geht, wird natürlich nicht erwähnt. »

Ein Bericht eines Klassenlehrers aus Berlin

Digital lernen heißt verlieren lernen

Nach drei Wochen digitalem Unterricht kann so langsam Bilanz gezogen werden, was „Homeschooling" bedeutet. Es ist eine Bilanz die aufzeigt, dass die Schere innerhalb einer Klasse immer weiter auseinander geht.

Da gibt es die Schülerinnen und Schüler, die zu normalen Zeiten gut in der Schule zurecht kommen, die auch jetzt in der Coronakrise zu Hause die Aufgaben der Lehrkräfte erledigen können. Und dann gibt es die vielen „Abgehängten". Da gibt es die Schüler*innen aus armen Familien, die zu Hause entweder kein WLAN haben oder vor allem keinen (eigenen) Computer und Drucker besitzen. Wie soll man auf dem Handy mit Aldi-Talk und 3 GB Datenvolumen digital unterrichtet werden? Wie auch nur mehrseitige Texte oder bebilderte Arbeitsblätter lesen? Dann gibt es die Familien, die jetzt zu fünft zu Hause im „Homeoffice" und „Homeschooling" sitzen und sich alle einen Computer teilen und aus den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln das Beste machen.

Aber auch für sie hat der Tag nur 24 Stunden. Das sind dann die Schüler*innen von denen man nachts um drei eine E-Mail bekommt. Und dann gibt es die Kinder von Alleinerziehenden. In manchen Fällen haben sie sogar alle technischen Voraussetzungen und der digitale Unterricht könnte voll durchgezogen werden, wenn es da nicht dieses eine Problem gäbe: Die kleinen Geschwisterkinder, die jetzt nicht mehr in die Kita gehen können. Da Mama oder Papa weiter zur Arbeit müssen und nicht in einem sogenannten „systemrelevanten Beruf" arbeiten und Anspruch auf Kinderbetreuung haben, gibt es nur eine Lösung – die älteren Geschwister müssen auf die Kleineren aufpassen. Und dann gibt es noch die vielen anderen Probleme, die #homeschooling erschweren oder unmöglich machen. Zum Beispiel, dass die Schülerinnen und Schüler in beengten Wohnverhältnissen leben und noch nicht mal Platz für einen eigenen Schreibtisch haben.

Und was denkt der Berliner Senat – oder die Regierungen in anderen Bundesländern – wie er dieses Problem lösen kann? In einigen Schulen Berlins werden Umfragen über die technische Ausstattung der Schülerinnen und Schüler gestartet. Als wäre die Technik das einzige Problem, wenn die Schülerinnen und Schüler gar keine Möglichkeit haben zu Hause an einem geeigneten und ruhigen Arbeitsplatz zu arbeiten. Und was soll die Konsequenz einer solchen Umfrage sein? Sorgt der Senat dann dafür, dass alle einen Internetzugang zu Hause haben und einen Computer mit Drucker? Wohl kaum.

Es bleibt dabei, dass die soziale Herkunft noch mehr über deinen Bildungsweg entscheidet als zu „normalen Zeiten", denn im Kapitalismus wird dieses Problem nicht gelöst werden – weder mit noch ohne Corona.

Corona: Isolation und häusliche Gewalt

Durch die häusliche Isolation, steigende Unsicherheit und eine angespannte finanzielle Lage für viele Familien ist in Folge des Corona-Virus mit einem starken Anstieg häuslicher Gewalt zu rechnen. Bereits in China konnte diese Entwicklung beobachtet werden. Dort hat sich die Zahl an Frauen, die sich an Hilfestellen gewendet haben, während der Wochen des Lockdowns verdreifacht.

In Österreich sind die Anrufe bei der Frauenhelpline, bereits in den ersten fünf Tagen nach Ankündigung der Ausgangsbeschränkungen, um 57 Prozent gestiegen. Im März wurde die Helpline 1500 Mal genutzt, 95 Prozent der Betroffenen waren Frauen. Die Kapazitätsgrenzen der Betreuungsangebote waren in vielen Bundesländern jedoch bereits nach zwei Wochen am Limit. In ganz Österreich verspüren die Frauenhäuser einen Anstieg an Gewalt. Hinzu kommt, dass die Sicherheitsvorkehrungen aufgrund der aktuellen Infektionsgefahr große Herausforderungen an die Arbeit der Einrichtungen stellen.

Steigende Gewalt, strukturelle Mängel

Die Situation war schon vor Corona dramatisch, eine umfassende Ausfinanzierung des Gewaltschutzes jedoch nicht vorgesehen – obwohl die Zahlen für sich sprechen: die Morde an Frauen haben sich in Österreich seit 2014 verdoppelt. Dennoch drohte der Frauenhelpline erst Anfang des Jahres wegen mangelnder Finanzierung eine dramatische Kürzung des Angebots, denn seit Jahren gab es keine Erhöhung des Budgets trotz ständig steigender Kosten. Derzeit sind in Österreich jährlich 10 Millionen Euro für Gleichstellung und Gewaltschutz budgetiert. Die Kosten, die alleine in Österreich durch geschlechtsspezifische Gewalt (zum Beispiel Morde und körperliche Gewalt an Frauen und die damit verbundenen Kosten für zum Beispiel Behandlungen und Arbeitsausfälle) entstehen, werden mit 3,7 Milliarden Euro beziffert.

Ein anderes pikantes Beispiel stammt aus Salzburg. Dort hat die zuständige Frauenlandesrätin der NEOs erst kürzlich angekündigt, die Trägerschaft der Frauenhäuser EU-weit ausschreiben zu wollen. Damit drohen nicht nur kritische Stimmen mundtot gemacht zu werden, sondern auch Strukturen mit jahrelanger Erfahrung zerschlagen zu werden. Unter dem Deckmantel von verblödeten Einsparungspotentialen werden ganze Bereiche gegen die Wand gefahren...

> « Die Kapazitätsgrenzen der Betreuungsangebote waren in vielen Bundesländern jedoch bereits nach zwei Wochen am Limit. »

Die Arbeit der Frauenhäuser und Beratungsstellen findet in der aktuellen Krisensituation also vor dem Hintergrund des strukturellen Mangels an Ressourcen statt. Wie etwa auch im Gesundheitsbereich, rächen sich auch hier die jahrelangen Sparmaßnahmen. Dass die ÖVP-Frauenministerin im Zuge der Corona-Krise bei einer Pressekonferenz versicherte, dass es genügend Betreuungsplätze gibt, grenzt an blanken Hohn.

Autoritäre Inszenierung

Die Regierung hat im Rahmen der Corona-Krise auch ein Maßnahmenpaket gegen häusliche Gewalt mit mehr finanziellen Mitteln für Beratung und Betreuung präsentiert. Noch vor wenigen Wochen war der Regierung der strukturelle Mangel im Gewaltschutz keine wesentlichen Budgetmittel wert – die „schwarze Null“ durfte nicht gefährdet werden.

In der Corona-Krise wirft man zahlreichen Großunternehmen Kurzarbeitsgeld und andere staatliche Leistungen in den Rachen und rettet ihnen damit ihre Profite. Daneben verlautbart man medienwirksam, dass auch ein Teil des 38 Milliarden Euro „Hilfspakets“ für Gewaltprävention verwendet wird und verschweigt, dass es doch ein verschwindend geringer Teil ist. Diese Maßnahmen passen gut in die Inszenierung der Regierung, dass sie sich in diesen Zeiten der Krise um alle Betroffenen kümmern würde. Diese Politik folgt einer autoritär-patriarchalen Logik, die statt auf Eigenverantwortung, Emanzipation und Selbständigkeit auf Regelbefolgung und Strafen setzt. Und das alles kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Herrschenden im Sozialbereich seit Jahren und Jahrzehnten Kahlschlag betreiben.

GEGEN CORONA LANGEWEILE

Land and Freedom auf Amazon

Film von Ken Loach über den spanischen Bürgerkrieg. Ein junger englischer Arbeitsloser geht nach Spanien und schließt sich dort den revolutionären POUM-Milizen an. Nach wahren Begebenheitm.

Die Roten Matrosen In jedem Buchladen bestellbar.

Ein Roman von Klaus Kordan. Der 13 Jährige Arbeitersohn Helmut erlebt die Novemberrevolution 1918 in Berlin. Kein Roman lässt einen tiefer in die Erlebnisse von 1918/19 eintauchen.

Germinal Amazon und Buchhandlung

Ein Buch (eine Buchverfilmung gibt es auch) von Émile Zola über einen Bergarbeiterstreik in Frankreich des späten 19. Jahrhundert. Er beschreibt eindrücklich die Lebensumstände, insbesondere der Frauen, und das Aufkommen einer ArbeiterInnenbewegung.

„Free Meek" (2019) auf amazon prime

Meek Mill gehört zu den Stars der Rap-Szene. Aber seit einer Verurteilung 2008 ist er Gefangener eines zutiefst ungerechten rassistischen Justizsystems. „Free Meek" ist eine mehrteilige Dokumentation. Sie zeigt - stellvertretend für Viele - dessen Kampf gegen die alltäglichen Schikanen und die Proteste, die seine Verurteilung auslösten.

La Haine kostenlos auf youtube

Zu deutsch der Hass, ist ein französischer Film über drei Jugendliche aus den Pariser Vororten, deren Welt von Gewalt, Armut, Drogen und Schikanen durch die Polizei geprägt ist.

Die eiserne Ferse Kostenlos unter https://nemesis.marxists.org/index.html

Das Buch von Jack London beschreibt bereits 1907 den Aufstieg des Faschismus, allerdings nicht in Deutschland oder Italien, sondern in den USA.

„American Factory" (2019) auf Netflix

Der Dokumentarfilm führt uns in eine Autofabrik in Dayton, Ohio. Der Dokumentarfilm zeigt nicht nur unglaublich verrückte Unternehmenspropaganda, man bekommt auch einen Einblick in die Welt der Manager und ihrer Arroganz.

Die Wütenden – Les Misérables (2019) auf DVD

Die Bevölkerung des migrantischen Pariser Vorortes Montfermeil hat mit vielem zu kämpfen, vor allem mit Polizeigewalt. Wer wissen will, warum es in den Vororten immer wieder zu Aufständen kommt, sollte diesen Film gucken.

10.7 – 12.7.2020
(Vollpension und Unterkunft zwischen 80 und 120€)

Summer-School mit ganztägigen Workshops zu verschiedenen Themen: Klimabewegung, Einstieg in den Marxismus, aktuelle Arbeitskämpfe und vieles mehr.

13.07.-17.07.2020
(Komplette Woche, Voll- und Halbpension sowie Unterkunft zwischen 180 und 220€)

Workshops zu aktuellen sowie historischen Themen am Vormittag und Ausflüge sowie Freizeitaktivitäten am Nachmittag. Abendprogramm für jeden Geschmack

Kinder werden kostenlos versorgt und untergebracht.

Das Sommercamp liegt direkt an den Ufern des wunderschönen Attersees im Salzkammergut. Das Europacamp verfügt über einen eigenen Seezugang mit Strand. Die Umgebung lädt zum Baden, Wandern, Klettern, Radfahren und vielem mehr ein.

Anfahrt

Gemeinsame Anfahrt aus Salzburg, Wien, Zürich, Düsseldorf, Berlin oder Paris wird organisiert.

Anmeldung per Mail an
sommercamp2020@gmail.com

Ort: "Europacamp" in Weißenbach am Attersee (Oberösterreich).

Mehr Informationen auf:
www.camp2020.sozialismus.net

Nicht für die Schule – für die Prüfung lernen wir?

Nachdem die fragwürdigen Ratschläge der Leopoldina-Akademie am 13. April herausgegeben wurden, kam am 15. April dann wie erwartet die Nachricht von der geplanten Wiederöffnung der Schulen in Deutschland. Während viele Bundesländer der Empfehlung folgen wollen, erst nach dem 4. Mai wieder zu öffnen, gehen Berlin und NRW unnötig gefährliche Sonderwege.

So sollen die Schulen in NRW nach nur drei Vorbereitungstagen am 23. April bereits für Schüler*innen der Abschlussklassen (10. Klasse an Haupt-, Real- und Gesamtschulen und der Abiturjahrgang Q2) wieder geöffnet werden.

Das vorgeschlagene „Hygienekonzept“ des Landes ist dabei das gleiche, was bereits seit 2015 gilt… und kaum umgesetzt wurde. Als Vorwand dient denen, die sonst auf soziale Gerechtigkeit (auch in Schule) pfeifen, dass Homeschooling für ärmere Schüler*innen ungerecht sei. In NRW soll der Schulbesuch zwar „freiwillig“ sein, dient aber nur dazu, das Durchziehen der Abschlussprüfungen zu ermöglichen. Die von Armin Laschet geführte CDU-FDP Regierung macht damit deutlich, was ihr an Schule wichtig ist: Prüfungen. Gesundheit oder kritische Bildung sind nicht so wichtig. Wie es ab dem 4. Mai weitergehen soll und wann weitere Klassen zurück in die Schule geholt werden sollen, ist noch unklar. Neben den Prüfungen sollen die Schulöffnungen für Abschlussklassen den Weg bereiten für die Wiederaufnahme des Normalbetriebs. Schule ist eine Kinderverwahranstalt. Die Unternehmen schreien immer lauter nach der vollen Verfügung über die Arbeitskraft der Eltern.

In Berlin ist der Fahrplan bereits gesetzt: Ab dem 20. April soll es mit den Abiturprüfungen wieder losgehen. Eine Woche später sollen die 10. Klassen wieder anfangen. Ab dem 4. Mai müssen dann auch die 6., 9., 11. und 12. Klasse wieder zur Schule kommen. Logistisch und organisatorisch wird das eine große Herausforderung. Die Klassen sollen in kleine Gruppen geteilt werden. Als ob plötzlich die jahrelange Forderung nach kleineren Klassen umgesetzt würde. Und – wie soll das gehen?

Bei vielen Schüler*innen gibt es Sorgen, Wut und Widerstand. So bekamen Petitionen für eine Absage aller Prüfungen bereits mehrere tausend Unterschriften. In NRW fordert das Bündnis Schulboykott NRW (abiturnrw2020@gmail.com) aber auch die Landesschüler*innenvertretung (info@lsvnrw.de) ein Durchschnittsabitur zu verleihen und Prüfungen nur freiwillig durchzuführen. Es gibt Pläne für Demos und Blockaden. Auch im Rahmen der Kampagne von „Lernfabriken meutern“ sammeln sich Schüler*innen. Seien wir dabei!

Die alten Römer*innen sagten, „nicht für die Schule, für das Leben“ lerne man. Im Moment wird deutlich, dass man in der Schule nicht fürs Leben lernt, sondern für die Bedürfnisse der Wirtschaft nach Kinderbetreuung.

#coronakrise #bildungskrise #ArminLassEs #abitur2020 #durchschnittsabitur

Kurzarbeit – ein Träumchen für die Manager

Wie ein Virus breitet sich die Kurzarbeit in Deutschland aus. In einem Affenzahn wurden in den letzten Wochen Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen zur Kurzarbeit abgeschlossen, als ginge es nur mal so darum, eine neue Klopapiermarke auszuprobieren. Wo eben noch „Fachkräftemangel" beklagt wurde und eine Flut von Überlastungsanzeigen die Personalabteilungen überschwemmte, soll jetzt Flaute herrschen. Kurzarbeit müsse her, denn sonst… ja was? Kündigungen? Die Gewerkschaftsspitzen und alle ParteienvertreterInnen haben sich fest bei den VertreterInnen der Wirtschaft eingehakt und marschieren mit ihnen vornweg. Angesichts solcher Einigkeit: Was soll daran so schlimm sein? Was Besseres gibt es nicht?

Kurzarbeit – ein Virus nicht weniger virulent

Am 15. April gab die Bundesagentur für Arbeit bekannt, dass in Deutschland inzwischen 725.000 Betriebe Kurzarbeit angemeldet hätten; das ist ein Drittel der dazu berechtigten Unternehmen. Da exakte Zahlen erst später abgerechnet werden, kann derzeit die Zahl betroffener Menschen nur geschätzt werden. Aber die Zahlen sind enorm.

Zum Vergleich: 2009, während der Wirtschaftskrise, gab es pro Monat ca. 1.300 Anzeigen von Kurzarbeit. Letzter Höhepunkt an Kurzarbeit war der Mai 2009 mit 1,44 Millionen Kurzarbeitenden. Jetzt zu Ostern veröffentlichte der Arbeitgeberverband Gesamtmetall die Ergebnisse einer Umfrage: in der Metall- und Elektro-Industrie hätten 83% aller befragten Unternehmen schon Einschränkungen der Produktion vorgenommen. Als Gründe nannten 57% fehlende Aufträge, 36% fehlende Arbeitskräfte etwa durch Krankheit sowie fehlende Kinderbetreuung, 32 % beklagten fehlende Teile oder Material. Heute nutzten bereits 42,7% der Unternehmen Kurzarbeit. Dort sind durchschnittlich 70,9% der Beschäftigten in Kurzarbeit. Damit waren nach Berechnungen von Gesamtmetall Anfang April 2020 rund 1,2 Millionen Beschäftigte – von insgesamt vier Millionen – der Metall- und Elektroindustrie in Kurzarbeit. In den kommenden vier Wochen planen laut Umfrage weitere 39,7% der Unternehmen Kurzarbeit. Daher sei allein in dieser Branche mit über zwei Millionen Kurzarbeitenden zu rechnen. Die Bundesagentur geht zudem von 200.000 zusätzlichen Arbeitslosen im April aus.

> « Zusammen mit den sehr flexiblen Arbeitszeitkonten und verlängerten Arbeitszeiten erhalten die Unternehmen mit der Kurzarbeit ein weiteres Instrument, um Löhne zu sparen und die Zeit für Umstrukturierungen zu nutzen, um dann am Tag X maximal flexibel die Produktion wieder hochzufahren. »

Wie funktioniert Kurzarbeit?

Ein Unternehmen, das Produktionsausfall hat, meldet Kurzarbeit beim Arbeitsamt an. Vorher muss das Unternehmen seinen Betriebsrat bzw. die Belegschaft dazu bringen, Kurzarbeit zu akzeptieren – das funktioniert mit Drohungen. Häufig nutzen Unternehmen Kurzarbeit als flexibles Instrument, denn sie können im Prinzip kurzfristig den Betrieb ganz oder teilweise einstellen, aber auch die angeordnete Kurzarbeit wieder beenden – alles von heute auf morgen. Zusammen mit den sehr flexiblen Arbeitszeitkonten und verlängerten Arbeitszeiten erhalten die Unternehmen mit der Kurzarbeit ein weiteres Instrument, um Löhne zu sparen und die Zeit für Umstrukturierungen zu nutzen, um dann am Tag X maximal flexibel die Produktion wieder hochzufahren. Kurzarbeit verpflichtet die Unternehmen zu nichts.

Den ausgefallenen Lohn bezahlt das Arbeitsamt zu 60% bzw. 67%. Die Arbeitsämter finanzieren sich aus sogenannten Beiträgen auf die Löhne und aus Steuern. Also ist Kurzarbeitsgeld letztlich einbehaltener Lohn. Manche Unternehmen stocken was auf, aber das ist kein Gesetz und kein „Gewohnheitsrecht". Unternehmen müssen nicht einmal mehr Sozialversicherungsbeiträge zahlen .

Das ist eine gigantische Subventio-

nierung der Unternehmen. Der Staat stellt sich an die Seite der KapitalistInnen, um ihnen zu ermöglichen, gleich wieder Gewinne zu kassieren, sobald die Gesundheitskrise vorbei ist.

Sicher, die kleinen Unternehmen haben kein finanzielles Polster, um in der Krise zu überleben. Aber bei den Großunternehmen sieht es anders aus. Joe Kaeser, Vorstandsvorsitzender bei Siemens, sagte selbst Ende April, dass Siemens Liquidität habe... Oder nehmen wir Volkswagen oder Lufthansa oder Adidas...

Apropos Volkswagen: Über 13 Milliarden Euro Gewinn im Jahr 2019 gab der Vorstand erst kürzlich bekannt. In einem Interview Ende März erzählte der VW-Chef Diess ganz entspannt: „Wir bereiten uns vor auf die Zeit nach dem Stillstand... wir überlegen, wie wir Menschen separieren, neue Schichtmodelle entwickeln, Schutzausrüstungen beschaffen... Wir haben 21 Milliarden im Cash-Management und 20 Milliarden als Kreditlinie.... Staatshilfe ist für uns kein Thema...“ Ja, mit 21 Milliarden in der Kasse lebt es sich entspannt – aber es stimmt nicht, dass VW keine Staatshilfe in Anspruch nimmt. VW hat für 31.000 Beschäftigte Kurzarbeit angemeldet. Und nur so am Rande: VW und BMW machen bereits Druck auf die Regierung zur Subventionierung der Autoindustrie.

Kurzarbeit ist ein Segen für die Unternehmen

„Braucht“ VW Kurzarbeit? Der Konzern hat in Deutschland 294.779 Beschäftigte; wenn sie alle drei Monate nicht beschäftigt würden, also „Kurzarbeit Null“, was würde das für VW bedeuten? Pi-mal-Daumen geschätzt etwas über 5 Milliarden. Nicht viel für VW! Das sind ungefähr ein Drittel des Gewinns aus dem letzten Jahr bzw. ein Viertel aus der Kasse!!

« ... also „Kurzarbeit Null“, was würde das für VW bedeuten? Pi-mal-Daumen geschätzt etwas über 5 Milliarden. Nicht viel für VW! Das sind ungefähr ein Drittel des Gewinns aus dem letzten Jahr ... »

Oder Osram: der österreichische Konzern AMS versucht seit einigen Monaten den alten Lichtkonzern Osram zu kaufen. AMS hat Schwierigkeiten Osram, das doppelt so groß ist, zu schlucken. Dafür wurden 1,6 Milliarden € mit einer „Kapitalerhöhung“ eingesammelt und noch dazu läuft ein Brückenkredit über 4,4 Milliarden Euro bei HSBC, UBS und der Bank of America. Wenn die KapitalistInnen wollen, dann gibt es Geld wie Sand am Meer.

Schützt Kurzarbeit vor betriebsbedingten Kündigungen?

Da wo Angst herrscht, sieht Kurzarbeit nach dem kleineren Übel aus. Aber auch betriebsbedingte Kündigungen sind kein Naturereignis, das über uns hereinbricht und das wir zu dulden hätten. Sie sind die Entscheidung der Konzernleitungen, die Aktienkurse und Dividenden im Blick haben, aber auch den Widerstand der Belegschaft. Andererseits gibt es kein Gesetz, das Kündigungen während oder nach Kurzarbeit verbietet. Die schon vor der Krise angekündigten Stellenabbaupläne sind nur auf Eis gelegt, wenn überhaupt.

Wer wird am Ende die Rechnung bezahlen?

Das Problem ist, in dieser Corona-Krise treten Unternehmen und Politik so auf, als gäbe es keine Alternative: „entweder Kündigung oder Kurzarbeit“ - die ArbeiterInnenklasse hat zu dulden und zu ertragen? Sicher nicht. Es wäre wichtig nach verbündeten KollegInnen zu suchen, die über den Griff der Unternehmen in die Staatskassen genauso empört sind und die auch wollen, dass die (großen) Unternehmen die „Durststrecken“ aus den Unternehmenskassen und aus dem Vermögen der Großaktionäre bezahlen.

Referenzen

1. https://www.arbeitsagentur.de/presse/2020-24-zahl-der-anzeigen-fuer-kurzarbeit-auf-725000-angestiegen
2. https://www.gesamtmetall.de/themen/corona-pandemie/corona-umfrage
3. https://de.statista.com/statistik/daten/studie/322194/umfrage/gewinn-von-lufthansa/
4. https://de.statista.com/statistik/daten/studie/70511/umfrage/umsatz-und-gewinn-von-adidas-3-quartal-2009-2008/
5. https://www.volkswagenag.com/de/news/2020/02/volkswagen-group-with-positive-business-performance-in-2019.html sowie Pressemeldung des CAM
6. https://www.gaborsteingart.com
7. https://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/ams-aktie-mit-kurssturz-kapitalerhoehung-fuer-osram-uebernahme-wackelt-a-1305489.html

Mieser Abschluss in der Sozialwirtschaft Österreich (SWÖ) fällt kämpferischen Beschäftigten in den Rücken

Bei den Kollektivvertragsverhandlungen (gleich Tarifverhandlungen) im privaten Gesundheits- und Sozialbereich ist es unerwartet zu einem Abschluss gekommen. Die Gewerkschaften GPA-djp und Vida fallen damit der kämpferischen Bewegung in den Rücken.

Wir haben bereits in den letzten Ausgaben der Aurora von den Verhandlungen berichtet. Die einzige Forderung der Gewerkschaft war die nach einer Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Dadurch wurde das Thema Arbeitszeitverkürzung nach vielen Jahren wieder in die öffentliche Debatte eingebracht. Gerade Pflege- und Sozialberufe sollten durch die besseren Arbeitsbedingungen attraktiver werden.

Erfahrungen und Sympathie

Viele Beschäftigte haben für diese Forderung demonstriert und gestreikt – auch schon in den letzten Jahren. Es wurden Erfahrungen in der Durchführung von Streiks, der Organisation eines Notbetriebs und der Einbeziehung von Klient*innen in Kampfmaßnahmen gemacht. Zentrale Streikversammlungen und Kundgebungen brachten die Kolleg*innen zusammen. Viele der Aktionen wurden selbstständig von Betriebsrät*innen und Streikkomitees und unabhängig von den Gewerkschaften organisiert.

Die Forderungen sind in der Bevölkerung auf Sympathie gestoßen. Auch etliche ArbeitgeberInnen aus dem Bereich haben sich dafür ausgesprochen. Viele der Einrichtungen sind gemeinnützige Vereine, die durch öffentliche Förderungen finanziert werden. Ein Sieg für die 125.000 Beschäftigten schien deshalb nicht ausgeschlossen und hätte der Auftakt für Arbeitszeitverkürzungen im öffentlichen Gesundheitsbereich und anderen Branchen sein können. Die christlichen Träger Caritas und Diakonie übernehmen die SWÖ Abschlüsse in der Regel.

35 Stunden sind genug?!

Was ist passiert? Nachdem ein Erreichen der Forderungen in greifbarer Nähe schien, wurde das Thema zur Chefsache. Der ÖVP-Politiker, Kapitalist und Präsident der Wirtschaftskammer Harald Mahrer sprach sich gegen die Arbeitszeitverkürzung aus. Die ÖVP warnte vor den Kosten für die Wirtschaft und angeblichen Arbeitsplatzverlusten, wenn das Beispiel Schule machen würde. Der symbolische Auftakt sollte verhindert werden.

Aufgrund des Stockens der Verhandlungen wurden neue Streiktage und Demonstrationen geplant. Wer am 10. März allerdings bei den Demo-Treffpunkten eintraf, erhielt einen Flyer der Gewerkschaft, dass die Demonstrationen „vorsorglich wegen Corona abgesagt“ wurde und der Platz verlassen werden soll. Hintergrund waren wohl Abmachungen der Gewerkschaften mit der Regierung, die unter der Hand getroffen wurden. Dabei waren die von der Regierung angekündigten Maßnahmen, die Versammlungen von über 500 Menschen verboten, noch gar nicht in Kraft. Einige Belegschaften organisierten deshalb selbst Versammlungen und Kundgebungen.

Der Kampf für die Arbeitszeitverkürzung sollte nach der Bewältigung der Corona-Krise weitergeführt werden.

Aprilscherz?

Ende März wurde von gewerkschaftlicher Seite noch informiert, dass keine Verhandlungen stattfinden können. Doch am 1. April wurde plötzlich über einen Abschluss informiert. Auch wenn die Chefverhandlerin der Gewerkschaft Eva Scherzer heißt, war dieser nicht zum Lachen. Auf das aus Betriebsräten bestehende Verhandlungsteam wurde von den Gewerkschaftsspitzen Druck ausgeübt, einem vorgelegten Angebot ohne Diskussion und Abänderungen per Mail zuzustimmen.

Wie sieht der Abschluss aus? Für 2022 soll es eine Arbeitszeitverkürzung von 38 auf 37 Stunden geben. Im aktuellen Jahr gibt es keine Arbeitszeitverkürzung, sondern eine Lohnerhöhung um 2,7%, nächstes Jahr soll die Lohnerhöhung um 0,7 % über der Inflationsrate liegen. Die Arbeitszeitverkürzung hätte einer 8-prozentigen Lohnerhöhung entsprochen. Sogar die eine Stunde Verkürzung müssen sich die Beschäftigten durch eine Kürzung der Mehrarbeitszuschläge selbst bezahlen. Trotzdem wird diese Niederlage als Erfolg verkauft.

« Ein Sieg hätte der Auftakt für Arbeitszeitverkürzungen im öffentlichen Gesundheitsbereich und anderen Branchen sein können. »

Argumentiert wurde es damit, dass die Arbeitenden dringend eine Lohnerhöhung bräuchten und nicht länger warten könnten.

Absurd, denn es wäre kein Problem gewesen eine Lohnerhöhung zu beschließen, aber die anderen Themen zu vertagen.

3-Jahresabschluss

Der Dreijahresabschluss, etwas was es in Österreich so bisher nicht gab, ist nicht nur eine Verhöhnung der kämpferischen KollegInnen, die in den letzten Jahren mit den Gewerkschaften auf die Straße gegangen sind. Es ist auch eine Niederlage für die Gewerkschaftsbewegung insgesamt. Es ist auch ein Schlag ins Gesicht für die Hoffnungen, dass Aufgrund der Aufmerksamkeit und dem täglichen „Applaus“ für den Gesundheits- und Sozialbereich in der Corona-Krise, die Bedingungen besser werden.

Unabhängig organisieren

Es bleibt das Gefühl, dass die Gewerkschaften lieber schlechte Bedingungen, aber ihre Ruhe haben wollen, als jedes Jahr mit den KollegInnen gemeinsam zu demonstrieren. Der Abschluss könnte einen 3-jährigen Stillstand und einem Abbruch der kämpferischen Bewegung im Gesundheits- und Sozialbereich bedeuten.

Bei vielen KollegInnen ist die Wut groß. Wir werden weiterhin über Entwicklungen im Bereich berichten. Der Abschluss macht einmal mehr deutlich, wie wichtig es ist, sich unabhängig von den verräterischen Gewerkschaftsspitzen zu organisieren.

#35stundensindgenug
#mehrpersonal
#kämpfenstattkuscheln
#aktivwerden #aktivbleiben

USA: Covid19 – Wenn Trump doch wenigstens Recht gehabt hätte...

Hat er aber nicht. Wie so oft. Das Virus hat sich auch in den USA ausgebreitet, anders als von Trump vorhergesagt. Nicht überraschend. Die USA sind das neue Epizentrum. Während für Trump an erster Stelle steht, sein Gesicht zu wahren, große Reden zu halten und JournalistInnen zu beschimpfen, explodiert die Zahl der Infizierten und Toten in den am meisten betroffenen Gebieten New York (es gibt dort inzwischen viel mehr Tote als am 11. September), Louisiana, Michigan, Illinois und New Jersey. In New York City sind mehr als 40 Angestellte des öffentlichen Busverkehrs bereits gestorben, mehr als 1.500 wurden positiv getestet. Die Zahlen von gestern sind heute längst weit überholt. Das Virus breitet sich in weniger dicht besiedelte Gegenden und kleinere Städte aus, wo das Gesundheitssystem noch viel weniger ausgebaut ist. Es grassiert in Altenheimen, unter Wohnungslosen und ist faktisch ein Todesurteil für eine große Zahl an Inhaftierten in den Gefängnissen. Inzwischen sind auch in den USA die allermeisten Menschen gezwungen, zu Hause zu bleiben.

Noch dazu explodiert die Arbeitslosigkeit

Die unglaubliche Zahl von 20 Millionen Menschen meldete sich in den letzten vier Wochen arbeitslos. Die Arbeitsämter waren schon vor Corona ineffiziente Bürokratiemonster – man stelle sich vor, jetzt kommen auf einen Schlag 20 Millionen! Wie sollen die Menschen die nächsten Wochen überbrücken?

« Die unglaubliche Zahl von 20 Millionen Menschen meldete sich in den letzten vier Wochen arbeitslos. »

Und dazu eine Wohnungskrise

Angesichts der Arbeitslosigkeit und des Shutdowns sind immer mehr Menschen nicht mehr in der Lage, ihre Miete zu bezahlen. War es für eine normale US-amerikanische Familie mit Jobs schon vor Corona ein Problem, haut die Krise ihnen nun die Füße weg. Der National Multifamily Housing Council berichtete kürzlich, dass bereits ein Drittel der MieterInnen ihre Miete für April nicht zahlen konnte. Millionen von Menschen sind jetzt also schon in einer verzweifelten Situation. Die US-Bundesregierung hat nichts für die MieterInnen oder EigentümerInnen mit Hypothekenzahlungen gemacht. Es gab viele "Ratschläge", z.B. an die Finanzinstitute, die mit ihren KundInnen nach Lösungen suchen sollten.

Als wenn das Drittel, das nicht genug Geld für die Miete hat, gerade auf solche "Ratschläge gewartet hätte. In manchen Staaten oder lokalen Communities gibt es Regularien, um Räumungen zu verhindern. Aber was wird das bringen, wenn letztlich doch alle Miet- und Hypothekenrückstände nachgezahlt werden müssen? Wird irgendjemand all die Lohnverluste nachzahlen? Und zu der Wohnungskrise gesellt sich eine Hungerkrise: Überall in den USA bilden sich vor den „Food Banks" - den Lebensmittelausgabestellen von Hilfsorganisationen – unglaubliche kilometerlange Schlangen an Menschen, die stundenlang auf Essenspakete warten.

COVID-19 ist nicht rassistisch, aber das System!

Die Medien und viele PolitikerInnen zeigten sich in den letzten Tagen schockiert als herauskam, dass afroamerikanische Menschen nicht nur überproportional an Covid-19 erkranken, sondern die Todesraten viel höher sind als bei Weißen. Nicht mal der Ober-Rassist Trump konnte die dramatischen Zahlen ignorieren.

Er nannte das eine "gewaltige Herausforderung". Das einzig Konkrete war, dass dazu bald mehr Daten veröffentlicht würden... Seit Januar kommt von Trump und der Regierung nur immer noch mehr Gelaber, tödliches Gelaber.

Bundesstaaten und lokale Behörden haben längst Zahlen:

- In Chicago, wo 29% Schwarze leben, sind jedoch 70% der am Corona-Virus Gestorbenen aus der schwarzen Community.
- In Louisiana mit 32% schwarzer Bevölkerung sind 70% der Verstorbenen Schwarze.
- Die Bevölkerung von Illinois macht zu 14% Schwarze und 17% Latinos aus, aber 64% aller Corona-Fälle und 40% der Toten sind farbige Menschen.
- Und so weiter...

Wie kann das sein? Einfache Antwort: Weil sie in Niedriglohnjobs ohne medizinische Versorgung überrepräsentiert und dem Virus stärker ausgesetzt sind, wie z.B. Zusteller, Müllmänner oder Reinigungskräfte und weil sie in jeder Hinsicht von größerer Armut heimgesucht sind. Es ist nicht die Hautfarbe, die tötet: Es sind Rassismus und Ausbeutung. Rassismus verdammt noch immer viele der AfroamerikanerInnen zu Armut. Die schwarze Community wird durch vielfältige Gesetze in den ärmsten Vierteln festgehalten. Supermarktketten weigern sich oft, in diesen armen Vierteln Filialen einzurichten, was schlechtere Ernährung zur Folge hat. Armut heißt auch Wassersperrung.

Ein Beispiel ist Detroit: Wassersperrungen für zehntausende Familien während der Corona-Krise! Wie können die einfachsten Hygieneregeln eingehalten werden? Der Bundesstaat Michigan, in dem Detroit liegt, steht an sechster Stelle USA-weit was Infektionen und Tote angeht und Detroit steht dabei ganz vorne. 1.500 Menschen sind schon in Michigan gestorben, 40% von ihnen waren AfroamerikanerInnen, obwohl ihr Anteil an der Bevölkerung nur 14% ausmacht.

Aber der Alptraum ist kein Schicksal... Proteste an den Arbeitsplätzen

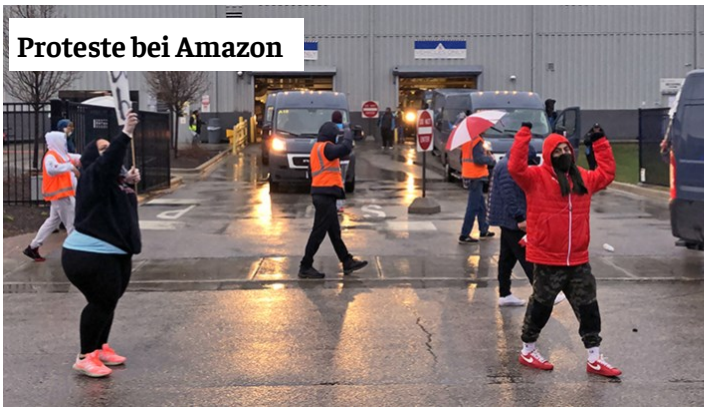
Von Anfang an haben sich Beschäftigte verschiedener Branchen zur Wehr gesetzt. Es gab Proteste in Krankenhäusern von New York, Detroit und Pennsylvania. Amazon ArbeiterInnen haben in New York, Detroit und Chicago protestiert. Beschäftigte des Lieferservice der Discounter-Kette Target haben die Arbeit verweigert und zwei Wochen Lohnfortzahlung bei Krankheit, Zuschläge und Schutzmaßnahmen gefordert. ArbeiterInnen von General Electric in Kentucky protestierten gegen die Entscheidung des Managements, nach nur einer Woche Schließung wieder zur Arbeit zurückkehren zu müssen. In Boston gab es eine Demonstration von Beschäftigten von Supermärkten. In der Bay Area rund um San Francisco organisierte die Gewerkschaft Streikposten, nachdem ein Busfahrer positiv getestet worden war und keine Gesundheitsmaßnahmen ergriffen wurden.

Man sieht, wie Menschen ihren Nachbarn helfen und Schutzmasken für Krankenhausbeschäftigte organisieren. Es gibt Gruppen, die sich gegen Wohnungsräumungen zusammengeschlossen haben. Andere unterstützen "illegal" lebende Menschen, Wohnungslose oder unterstützen Gefangene.

Innerhalb eines unmenschlichen Systems organisieren sich die Menschen gegen den Alptraum. Eine wirklich dringende Aufgabe!

14. April 2020

Wassersperrungs-Demo, 2014 in Detroit


Proteste bei Amazon

Pflegebeschäftigte in Brooklyn

Schlange vor einer „Food Bank"

Lieber ein gemäßigt sozialdemokratischer Koalabär als ein Känguru ohne Geist!

Als der Kleinkünstler Marc-Uwe Kling 2011 sein zweites Känguru-Buch schrieb, spöttelte er bereits über die Möglichkeit einer Verfilmung unter kapitalistischen Bedingungen: Disney habe die Filmrechte für eine „beachtliche Summe" aufgekauft, wolle aber das Känguru, weil es zu radikal für das Massenpublikum sei, durch einen „gemäßigt sozialdemokratischen Koalabären" ersetzen und dessen Kritik mundtot machen.

Kurz vor dem Corona-Lockdown kam dann die Verfilmung der Känguru-Chroniken tatsächlich in die Kinos und in den Live-Stream. Mark-Uwe Kling, der sich nicht selbst spielt, und das Känguru kämpfen gemeinsam mit ihren linksalternativen Kreuzberger Freund*innen gegen den Bauunternehmer und Rechtspopulisten Jörn Dwix und dessen Prügelnazis.

Einzelne Kernszenen der Bücher sind zum Mitsprechen wortgetreu wiedergegeben, dazwischen werden Slapstickeinlagen des computeranimierten Kängurus gepackt, die so harmlos wie unwitzig sind. Obendrein führt der Film noch eine alberne Liebesgeschichte in die Handlung ein.

Obwohl das Drehbuch von Marc-Uwe Kling selbst geschrieben worden ist, geht dem Film doch so ziemlich alles ab, was die (Hör-)Bücher zu einem so großen und geistreichen Vergnügen gemacht haben. Wo das Känguru in den Büchern zu Recht die strukturelle Gewalt der Verhältnisse kritisiert… bietet der Film vier Prügelnazis, die alle Vorurteile über dumme Glatzen erfüllen, aber ganz sicher kein Bild der realen faschistischen und rechtspopulistischen Gefahr im Jahr 2020 bieten.

Wo die Bücher die kapitalistische Konsumwelt und die neoliberale Ideologie der Selbstoptimierung und –vermarktung kritisieren, bietet der Film nur einen bösen Oberkapitalisten (Dwix), der nicht nur Bauunternehmer und Miethai, sondern auch noch ziemlich dämlich ist. Dem literarischen Känguru ging es nie um einzelne „böse Kapitalisten", es ruft ja dazu auf, dem „umfassenden Terror der kapitalistischen Verhältnisse" mit scharfem Humor, klugen Kommentaren, Antiterroranschlägen und einer – diffusen – Revolution umfassend zu begegnen.

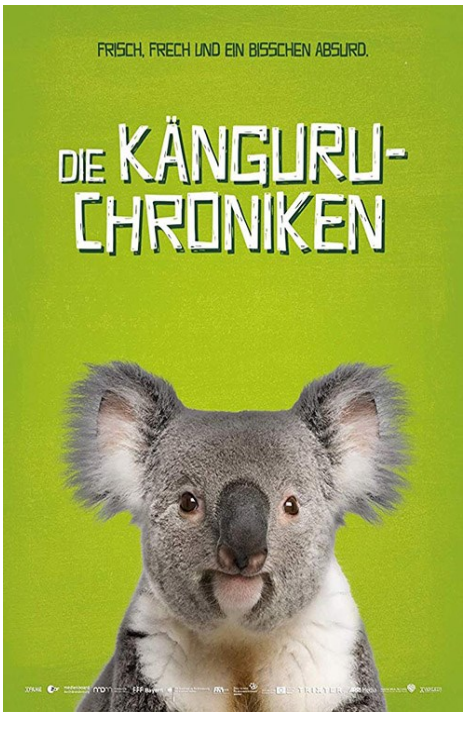
Regisseur Dany Levy kannte die Bücher zunächst nicht. Und er hat sie auch nicht verstanden. So ist der Film vor allem eins: ein deutscher Mainstreamfilm mit dementsprechend bemühtem Humor.

Zwar ist es auch für kritischere Filmemacher*innen nicht einfach, Bücher, die so vom Sprachwitz und von den Küchentischdialogen leben, zu verfilmen.

Umso weniger, als die Filmbranche ebenfalls von mächtigen kapitalistischen Konzernen beherrscht wird, die allenfalls einen ungefährlichen „Antikapitalismus" promoten wollen. Es hält einen aber auch niemand davon ab, Verfilmungen, die nur zu einem platten Abklatsch guter Bücher werden können, einfach auf seine „not-to-do-Liste" zu setzen.

Selten war der Satz so wahr: Lass den Bildschirm aus, lies ein Buch.

« Wo die Bücher die kapitalistische Konsumwelt und die neoliberale Ideologie der Selbstoptimierung und –vermarktung kritisieren, bietet der Film nur einen bösen Oberkapitalisten (Dwix), der nicht nur Bauunternehmer und Miethai, sondern auch noch ziemlich dämlich ist. »



Gesundheit vor Profite – Akute Bekämpfung des Corona-Virus und der sozialen Krise

Die Corona-Krise hat innerhalb kürzester Zeit vieles radikal verändert. Noch vor wenigen Wochen wären Maßnahmen wie Ausgangssperren oder das Herunterfahren vieler Wirtschaftsbereiche undenkbar gewesen. An den weltweiten Aktienmärkten gab es massive Einbrüche, so dass die Sorgen vor einer neuen gigantischen Wirtschaftskrise zunehmen.

Allerdings gab es dafür schon vor Corona genug Anlass und wir wissen, dass das kapitalistische Wirtschaftssystem, das nie die gesellschaftlichen Bedürfnisse sondern immer nur private Profite im Blick hat, regelmäßig solche Krisen hervorruft. Wir setzen dem ein Notprogramm für die breite Mehrheit der Bevölkerung entgegen. Dabei geht es sowohl darum, auf die unmittelbaren Herausforderungen durch Corona Antworten zu geben, als auch eine Perspektive für die Zeit nach der Pandemie aufzuzeigen.

Ein solches Programm kann nur durch Kämpfe der Arbeitenden umgesetzt werden, die – gerade auch in der aktuellen Corona-Krise – die Gesellschaft am Laufen halten und die sich zur Durchsetzung ihrer Interessen gemeinsam organisieren müssen.

- **Neubewertung der Berufe der Daseinsvorsorge und der kritischen Infrastruktur und Arbeitsschutz für alle**
- **Ein Stopp der Mietzahlungen während der Corona-Krise**
- **Enteignung von Schlüsselunternehmen und die Reichen sollen bezahlen**

Mehr unter: sozialismus.click und sozialismus.net und unserem youtubekanal: Revolutionär Sozialistische Organisation

IMPRESSUM

Herausgeberin: RSO, Stiftgasse 8, 1070 Wien | Druck: Eigenvervielfältigung | Verantwortlicher Redakteur: Florian Sund, Schmarjestr. 17, 14169 Berlin

VERANSTALTUNGEN

Jede Woche Donnerstag um 18:30 Uhr gibt es auf ZOOM ein Onlinereferat zu den unterschiedlichsten Themen. Den Link zur Veranstaltung findet ihr unter folgenden Adressen:

	Deutschland	Österreich:
webseite:	sozialismus.click	sozialismus.net
insta:	rsodeutschland	rso_organisation
facebook:	rsodeutschland	rsoorganisation

Alle bisherigen Referate findet ihr auf unseren YouTube Kanal:
Revolutionär Sozialistische Organisation

WER WIR SIND UND WAS WIR WOLLEN

Die Welt, in der wir heute leben, bietet enorme Möglichkeiten: Die bewusste Verwendung von Ressourcen und die Nutzung aller technischen Möglichkeiten sowie des gesamten menschlichen Wissens kann allen Menschen auf unserer Erde ein gutes Leben sichern. Doch Sozialabbau, schlechter werdende Arbeitsbedingungen, Arbeitslosigkeit und Unternehmerwillkür sind Alltag. Hunger, Krieg und Umweltzerstörung werden von vielen Menschen auf der Welt alltäglich erlebt. Ursache dafür ist der Kapitalismus, der ausschließlich im Interesse einiger Weniger funktioniert. Um den verschiedensten Problemen etwas entgegensetzen zu können, müssen wir kämpfen. Streiks und Massenproteste sind die einzigen Mittel, um unsere gemeinsamen Interessen durchzusetzen. Gewerkschaftsführungen und Parteien, wie DIE LINKE oder SPD haben sich diesem notwendigen Kampfprogramm nicht verpflichtet. Auch Probleme wie Rassismus, Frauenunterdrückung und jede andere Art von Diskriminierung müssen wir bekämpfen. Nur die Einheit der verschiedenen unterdrückten Schichten und Gruppen der Arbeiterklasse kann die Mächtigen in ihre Schranken verweisen. Wir müssen uns organisieren und den sozialen Konflikten eine kämpferische Perspektive geben, die keine Grenzen kennt. Zu diesem Zweck müssen wir uns auch international organisieren. Die Arbeiterklasse muss sich eine unabhängige Partei schaffen, um ihre Interessen politisch durchzusetzen. Es ist längst überfällig, den Kapitalismus zu beseitigen und eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, in der die Menschen international und friedlich zusammenarbeiten und in der sowohl Produktion als auch Verteilung der Ressourcen unter demokratischer Kontrolle der Arbeitenden dieser Welt stehen. Hierfür ist eine Revolution der ArbeiterInnen aller Länder nötig. Dafür kämpfen wir! Die Revolutionär Sozialistische Organisation (RSO) ist eine antikapitalistische Gruppe in der Tradition des Trotzkismus. Wir sind für den Aufbau einer kommunistischen Arbeiterpartei in Deutschland sowie den Aufbau der Vierten Internationale in der Welt.

Ihr erreicht uns in Deutschland unter:

info@sozialismus.click
www.sozialismus.click
+49 176 35253643

Und in Österreich:

rso@sozialismus.net
www.sozialismus.net